

# Hilfe in Syrien: Eine Zerstörung gleich dem Horror des Krieges

Millionen haben sich vor dem Regime nach Nordsyrien gerettet, nun erleiden sie die Folgen des Bebens. Das Assad-Regime versucht, die Katastrophe für sich zu nutzen.

Eine Analyse von [Kristin Helberg](#)



*Trümmer des Bebens in Dschabla in der syrischen Küstenprovinz Latakia © Valery Sharifulin/imago images*

Mit dem Graben nach Verschütteten kennen sich die Weißhelme aus. Die Zivilschutzorganisation – 2016 mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet – kümmert sich in Syriens oppositionellen Gebieten seit Jahren um die Opfer von Luftangriffen des syrischen Regimes und Russlands. Nach Raketeneinschlägen suchen sie in zerstörten Wohnhäusern nach Überlebenden, schaffen Schutt zur Seite, bringen Verletzte in Krankenhäuser. Jetzt kam die Gefahr nicht von oben, sondern von unten – nicht nur einzelne Wohnhäuser liegen in Trümmern, ganze Siedlungen kollabierten. Diese flächendeckende Zerstörung übersteigt selbst den Horror, den die Menschen in Nordsyrien seit mehr als einem Jahrzehnt kennen. Millionen von ihnen sind vor Assads Fassbomben und Russlands Raketen geflohen, um nahe der türkischen Grenze Schutz zu suchen und finden sich jetzt im Zentrum des verheerenden Erdbebens wieder. Eine Katastrophe in der Katastrophe.

Fünf Provinzen sind in Syrien von dem Erdbeben betroffen – Idlib und Aleppo im Norden, Latakia und Tartus an der Küste, Hama im Zentrum. Weil sie unter der Kontrolle verschiedener Machthaber stehen, gibt es im Gegensatz zur Türkei keine zentrale Rettungsaktion, sondern lokale Ansprechpartner, die dringend schweres Räumgerät, medizinische Güter, Notunterkünfte, Heizmaterial, Nahrungsmittel, Wasser sowie warme Kleidung und Decken benötigen. Das erschwert die Koordination internationaler Unterstützung, könnte aber zugleich eine Chance für direkte Hilfe vor Ort sein.

Diese scheidet bislang am Zugang. Bab al-Hawa, der einzige Grenzübergang im von oppositionellen Milizen kontrollierten Nordwesten, ist seit Montag in beide Richtungen geschlossen. Nur Syrerinnen und Syrer mit türkischem Visum dürfen passieren, darunter Mitarbeitende internationaler Hilfsorganisationen, die zwischen beiden Ländern pendeln. Die Folgen für Idlib sind dramatisch, denn nicht nur die dringend benötigte Nothilfe bleibt aus, auch die üblichen humanitären Lieferungen sind gestoppt, weil die Zufahrtswege nach Bab al-Hawa laut UN zum Teil zerstört sind. Lokale Quellen bestätigen jedoch, dass sowohl Bab al-Hawa als auch der weiter nördlich gelegene Übergang Bab al-Salame von Gaziantep aus erreichbar sind, lediglich die Strecke zwischen der Stadt Hatay – dem logistischen Zentrum der UN-Syrienhilfen – und Bab al-Hawa sei nicht befahrbar. 90 Prozent der Menschen in Idlib sind auf die humanitäre Versorgung aus dem Ausland angewiesen.



## Hilfe über Konfliktlinien hinweg

Bab al-Hawa ist wichtig, weil die UN dort ohne Zustimmung des Assad-Regimes helfen können – er ist der einzige verbliebene Übergang für grenzüberschreitende Hilfe in Gebieten außerhalb der Kontrolle des Regimes. Anfang Januar wurde dieser Cross-border-Zugang vom Weltsicherheitsrat für weitere sechs Monate verlängert. Die Lieferungen über den Grenzposten in Bab al-Salame wurden dagegen im Juli 2020 von Russland per Veto beendet. Da der südlich von Kilis gelegene Übergang auf syrischer Seite in türkisch besetztes Gebiet führt, könnte die Regierung in Ankara ihn öffnen. Präsident Recep Tayyip Erdoğan kontrolliert das Gebiet zwischen Afrin und Jarablus mit der Hilfe syrischer oppositioneller Statthalter und islamistischer Söldnermilizen der Syrischen Nationalen Armee (SNA). Bis jetzt dürfen in Bab al-Salame nur Syrerinnen und Syrer mit Ein- und Ausreisegenehmigungen in die Türkei zu Fuß passieren.

Für die Nutzung von Bab al-Salame auf eine Genehmigung aus Moskau zu warten ist unnötig, da humanitäre Hilfe nicht auf einen Beschluss des Weltsicherheitsrats angewiesen ist, sondern laut Völkerrecht und UN-Charta überall ungehindert notleidende Menschen erreichen muss. Erdbebenhilfe für Nordsyrien wäre also sowohl über Bab al-Hawa als auch Bab al-Salame möglich, die am stärksten zerstörten Gebiete in Syrien wären dadurch erreichbar. Für einen solchen ungehinderten Zugang braucht es flexible Lösungen für die logistischen Probleme bei den UN sowie den politischen Willen der Regierung in Ankara und ihrer internationalen Unterstützer.

Wichtig wäre dabei, auch die kurdisch kontrollierten Gebiete in der Provinz Aleppo einzubeziehen – sowohl die Region Shehba um den Ort Tal Rifaat als auch den regelmäßig vom Regime abgeriegelten Stadtteil Scheich Maksud in der Stadt Aleppo. Dort sind ebenfalls Gebäude zusammengebrochen, die Nachbarschaft erhält laut Informationen von vor Ort keinerlei Unterstützung aus den angrenzenden Regimevierteln.

Die kurdische Selbstverwaltung, deren Gebiete im Nordosten des Landes weniger stark vom Erdbeben betroffen sind als Shehba, Scheich Maksud und die Grenzstadt Kobanê, hat sich bereit erklärt, Hilfe über Konfliktlinien hinweg zu leisten – also humanitäre Hilfe auch in jene türkisch besetzten Gebiete weiterzuleiten, aus denen sie normalerweise von der SNA beschossen wird. Zuletzt habe die Türkei Tall Rifaat in der Nacht von Montag auf Dienstag mit Artillerie angegriffen, erklärte der Repräsentant der Selbstverwaltung in Deutschland, Khaled Davrisch. In einer Situation, in der viele Menschen bereits alles durch das Erdbeben verloren hätten, sollten die Menschen sich helfen und keine Kriege führen, so Darwish. In einer Pressemitteilung fordert er Deutschland und die EU auf, auch die kurdischen Gebiete humanitär zu unterstützen. Dafür könnte man den Grenzübergang bei Kobanê nutzen, den die Türkei abriegelt. Erdoğan betrachtet die kurdischen Autonomiegebiete in Nordostsyrien aufgrund ihrer ideologischen Nähe zur PKK als Terrorstaat.

## **Assad interessiert nur der Machterhalt**

Unterdessen versucht das Regime von Machthaber Baschar al-Assad, die Katastrophe für sich zu nutzen. Wer in Syrien helfen wolle, müsse dies mit der Regierung in Damaskus koordinieren, sagte Syriens UN-Beauftragter Bassam Sabbagh in New York. Seit Jahren bemühen sich Russlands Präsident Wladimir Putin und Amtskollege Assad darum, die gesamte humanitäre Hilfe über das Regime abzuwickeln, von den ursprünglich vier Übergängen für grenzüberschreitende Lieferungen ist deshalb nur Bab al-Hawa geblieben. Die herrschende Elite um das Präsidentenpaar Assad missbraucht die milliardenschweren UN-Hilfen jedoch seit mehr als zehn Jahren, indem sie sich bereichert, ihren Unterstützern lukrative Verträge und Warenlieferungen sichert und Lebensmittel, Medikamente und Zugang zu Unterkünften nach Loyalität und nicht nach Bedürftigkeit verteilt. Transparency International stufte Syrien gerade als korruptestes Land im Nahen Osten ein.

Die Nothilfe für die Erdbebenopfer sollte deshalb möglichst unabhängig vom Regime erfolgen. Dies bestätigen auch die Erfahrungen während der jüngsten großen Krise – der Corona-Pandemie. Statt die Menschen in den Gebieten außerhalb des eigenen Einflusses gleichberechtigt zu versorgen, hinderte Assad die Weltgesundheitsorganisation WHO daran, Impfstoffe und PCR-Tests in den Nordosten zu bringen. Hilfslieferungen über Konfliktlinien hinweg, wie sie die UN jetzt mit einem Konvoi von Damaskus nach Idlib plant, sind wegen der notwendigen Genehmigungen mühsam, langwierig und mit diesem Regime keine tragfähige Option.

Für die Versorgung der Erdbebenopfer in den Regimegebieten von Aleppo, in Latakia, Tartus und Hama, hat Assad internationale Unterstützung. Die Vereinigten Arabischen Emirate, Russland, Iran und andere Verbündete schicken Geld und Material, die UN-Organisationen in Damaskus koordinieren ihre humanitäre Hilfe ohnehin mit dem Regime. Der größte Teil dieser zu 80 Prozent vom Westen finanzierten UN-Mittel geht an den Syrischen Arabischen Roten Halbmond (SARC), der damit auch die Erdbebenopfer versorgen kann. SARC hat viele engagierte Mitarbeiter und leistet vor Ort wichtige Arbeit, ist aber auf Leitungsebene zu 100 Prozent vom Regime gesteuert.

Wenn SARC-Präsident Khaled Hboubati jetzt die Aufhebung der westlichen Sanktionen fordert, müssen Europäer und Amerikaner genau hinsehen. Sollten die seit Juni 2020 wirkenden Caesar-Sanktionen der USA die Beschaffung von schweren Maschinen und Räumgeräten erschweren, könnten diese entsprechende Ausnahmegenehmigungen erhalten. Alle anderen jetzt benötigten Güter unterliegen ohnehin keinerlei Sanktionen, da humanitäre und medizinische Hilfe schon immer davon ausgenommen war.

## **Für die Toten ist die Grenze offen**

Die Menschen in Syrien leiden nicht aufgrund von gezielten Sanktionen gegen regimenahe Organisationen und Personen, sondern unter der Misswirtschaft und den mafiösen Strukturen des Assad-Regimes sowie den Folgen der jahrelangen Zerstörung durch die syrische und russische Luftwaffe. Unbeabsichtigte negative Auswirkungen der Sanktionierung bestimmter Sektoren auf die Bevölkerung müssen in Zusammenarbeit mit der syrischen Zivilgesellschaft angepasst werden – vor allem im Zahlungsverkehr und bei der Energieversorgung. Assads Bemühungen, sich in dieser Notlage als Retter der Nation und internationaler Ansprechpartner zu inszenieren, sollten deshalb als das erkannt werden, was sie sind: der Versuch, sich trotz andauernder Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu rehabilitieren und dadurch Geld sowie politische Unterstützung für den eigenen Machterhalt zu generieren.

Wenn europäische Regierungen und die USA den syrischen Erdbebenopfern helfen wollen, brauchen sie Assad dafür nicht. Seit Jahren finanzieren sie internationale Hilfsorganisationen und syrische NGOs, die mit Partnern im Land arbeiten, darunter Care, Save The Children, die Malteser, die Diakonie Katastrophenhilfe, die Mitglieder des Verbands Deutsch-Syrischer Hilfsvereine (VDSH) und Adopt A Revolution. Medizinische Organisationen wie Ärzte ohne Grenzen, die Union of Medical Care and Relief Organizations (UOSSM) und die Syrian American Medical Society (SAMS) sind mit eigenen Mitarbeitenden in Idlib und betreiben Krankenhäuser, Gesundheitszentren und Notfallkliniken. Dort stapeln sich Leichen, Verletzte warten auf Fluren und können nicht behandelt werden, weil es an Personal und Ausstattung mangelt. Geber müssen in Idlib also nicht direkt mit der dort herrschenden Extremistenmiliz Hajat Tahrir al-Scham (HTS) zusammenarbeiten, die international als Terrororganisation gilt und folglich kein Ansprechpartner für die Verteilung von Hilfe ist. Sie müssen lediglich bestehende Kontakte nutzen und die Kanäle in die Region ausbauen.

Oberste Priorität sollte deshalb die Öffnung der Grenzübergänge Bab al-Hawa, Bab al-Salame und Kobanê haben, damit die internationale Solidarität nicht an der türkisch-syrischen Grenze endet. Und damit in Bab al-Hawa bald nicht mehr vor allem Leichname passieren. Mehr als 70 syrische Geflüchtete, die durch das Erdbeben in der Türkei gestorben sind, wurden für die Bestattung in ihrer Heimat über die Grenze gelassen. Es ist höchste Zeit, nicht nur den Toten, sondern den Lebenden zu helfen.